

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (März). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebühres. Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechseckige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpennig, die dreieckige Kettzeile (90 mm) 40 Goldpennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (März). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für undeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden. Sonnabend: „Wort und Bild“, illustriertes Sonntagsblatt.

Nr. 15

Sonnabend, den 4. Februar

1928

England unterschreibt das Achtstundentabkommen nicht.

Nach englischer Auffassung praktisch undurchführbar. Genf. In der Donnerstagstagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes gab der Vertreter der englischen Regierung, Witterton, eine Erklärung ab, die wie eine geplante Bombe wirkte. Nach einer längeren Rede, in der Witterton das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag einer Kritik unterzog und die praktischen Unmöglichkeiten und Schwierigkeiten der Verwirklichung schilderte, erklärte er, daß England dieses Abkommen nicht ratifizieren könne und den Antrag stelle, daß der Verwaltungsrat beschließen möge, auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz vom Jahre 1929 die Revision des Washingtoner Achtstundentages zu setzen. Aus der Erklärung ging hervor, daß England das Abkommen nicht ratifizieren will. Nach Witterton ergreift das Wort der Führer der französischen Arbeiter, Souhaug, der im Namen der Arbeitergruppe des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes seiner Enttäuschung und Enttäuschung über die Haltung der englischen Regierung in der Frage der Ratifikation des Washingtoner Achtstundentabkommens Ausdruck gab.

Die französisch-amerikanischen Weltfriedensverhandlungen endgültig aufgegeben.

Washington. Nach Ansicht Washingtoner Regierungskreise müssen mit der Unterzeichnung des neuen amerikanisch-französischen Schiedsgerichtsvertrages die Verhandlungen, die auf einen Weltfriedenspakt der Großmächte hinstreben, endgültig als erledigt angesehen werden. Der neue Schiedsgerichtsvertrag tritt am 1. März in Kraft und drückt in seiner Einleitung lebhaft die Hoffnung beider Regierungen aus, daß der Tag kommen möge, an dem alle Regierungen sich zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten bereit erklären.

Der amerikanische Finanzausschuß nimmt die Freigabevorlage an.

Trotzdem nicht vor Mitte März mit den Schlussberatungen zu rechnen. Washington. Der Finanzausschuß des Senats hat die Bestimmungen der Vorlage über das ehemals feindliche Eigentum über die sofortige Rückgabe von 80 Prozent des deutschen Eigentums und die Zahlung von hundert Millionen Dollar für die deutschen Schiffe, Patente und Radioanlagen, die während des Krieges beschlagnahmt wurden, angenommen. Nachdem der Senatsausschuß in Washington die Vorlage für die Rückgabe des deutschen Eigentums angenommen hat, werden, wie man in Berlin auf Grund direkter Mitteilungen aus Washington annimmt, zunächst noch neue Verhandlungen zwischen dem Ausschuss des Senats und dem Ausschuss des Repräsentantenhauses stattfinden müssen. Diese Konferenzen werden ziemlich lange dauern. Außerdem ist dann noch eine Beratung des Präsidents des Senats notwendig, so daß kaum vor Mitte März mit den Schlussberatungen über die Vorlage zu rechnen ist.

Der Stand der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen.

Polen muß in politischen Fragen noch sehr weit entgegenkommen. Berlin. Ueber den Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen wird von maßgeblicher politischer Seite mitgeteilt: Man ist deutschseits der Ansicht, daß die Warschauer Besprechungen der deutschen Wirtschaftsführer zu einem vollen Erfolge infolgedessen geführt haben, als es gelungen ist, durch ein umfangreiches Sachdienstmateriale die politische Delegation zu überzeugen, daß man sich in allen wirtschaftlichen Fragen sehr schnell verständigen können werde, sobald die politische Regierung die Voraussetzungen für den Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen geschaffen habe. Insbesondere glaubt man deutschseits nicht in die Einzelverhandlungen über die Zölle eintreten zu können, ehe nicht Polen die Balotisierung seiner Zölle durchgeführt hat. Des weiteren wird die polnische Grenzkonventionverordnung als für Deutschland unerträglich bezeichnet, da durch diese Verordnung die vorgezeichnete Regelung der Niederlassungsfrage praktisch in ihr Gegenteil verkehrt wird. Auch die Tatsache, daß Polen in der Frage der Liquidation auf Grund des Artikels 18 des Versailleser Vertrages bisher noch keinen Versuch auf weitere Liquidationen ausgesprochen hat, sowie die Tatsache, daß zur Zeit noch Prozesse um Werte in Höhe von ca. 140 Millionen Mark vor dem Gemischten Schiedsgerichtshof im Haag schweben, zeigen, daß Polen Deutschland in den sogenannten politischen Fragen noch weitgehend entgegenkommen muß, um die Voraussetzungen für den Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen zu schaffen, nachdem in den die Wirtschaft berührenden Fragen eine Verständigungsphase gefunden worden ist.

Weitere Verminderung der Besatzungsarmee?

Räder oder Versuchsballon? London. Das Pariser Blatt „Perrin“ berichtet, daß es wahrscheinlich sei, daß man sich demnächst werde, eine vorübergehende Lösung der Rheinlandfrage zu finden. Dieser Lösungsvorschlag soll in einer Verminderung der Rheinarmee von 60 000 auf 50 000 Mann bestehen. Das Blatt meint, Dr. Stresemann könne diesen Vorschlag in der Hoffnung behandeln, daß nach der Herabsetzung der Truppen unter eine gewisse Zahl der Rest als zwecklos zurückgezogen werden dürfte.

Paris. Die Debatte im französischen Senat über die Frage der Rheinlanddrängung, die natürlich unter dem Eindruck der Reichstagsreden des Außenministers Dr. Stresemann stand, hat wieder einmal bewiesen, daß es mit dem Versöhnungswillen jenseits des Rheins nicht weit her ist. Nun müssen ja in allen Parlamenten räumliche Größe sein, aber bedauerlich ist doch, daß der französische Außenminister Briand zu allen den Schmähreden und Schimpfanreden kein Wort zu sagen hatte, sondern daß er ruhig und artig auf seiner Regierungsbank saß und sich alles mitanhörte. Wir sind ja gewöhnt, daß von Frankreich her unfsichtige Angriffe gegen Deutschland gemacht werden, aber was sich der französische Senator Ceard erlaubt, geht doch etwas sehr weit. Er wärmt zwar längst widerlegte Behauptungen auf, wenn er von deutschen Räumungen spricht, von geheimen Fonds, über die die deutsche Regierung verfüge, und von einem geheimen deutschen Generalstab, aber solche Reden passen nicht zu der Versöhnungsmosphäre, die Briand angeblich geschaffen haben will. Durch derart aufreizende Reden, die außerdem noch großen Beifall im Senat finden, werden dann Reden der Vernunft, wie die des Senateurs Lemeray, der sachliche Worte zur Außenpolitik fand, in den Hintergrund gedrückt. Serner stellte ganz richtig fest, daß die Aufrechterhaltung der Besatzung der deutsch-französischen Verständigung unüberwindliche Hindernisse in den Weg stelle.

Natürlich bildet auch die Frage der Rheinlanddrängung, die durch die Stresemannrede wieder aufs Tapet gebracht worden ist, in der französischen Presse das Hauptthema. Je nach der Parteistellung des Blattes findet man Worte der Zustimmung oder der schärfsten Ablehnung.

Immer neue Kaufpreise für die Räumung!

Eine New-Yorker Zeitung berichtet über die Besprechungen Parker Gilberts mit Poincaré. Der Repräsentationsagent wie der französische Ministerpräsident hätten dabei auf dem Standpunkt sich gefunden, daß im gegenwärtigen Augenblick die Besetzung notwendig sei, um die Zahlungen sicherzustellen. Briand sei willens, Stresemann zuzugeben, daß der Versailleser Vertrag die Möglichkeit einer Räumung vor 1935 lasse, nach französischer Auffassung jedoch nur unter der Voraussetzung, daß Deutschland alle seine Verpflichtungen aus dem Versailleser Vertrag erfüllt habe.

Die englische Presse betont zur Stresemann-Rede, auch England sehe auf dem Standpunkt, daß die Frage der französischen Sicherheit durch Locarno erledigt ist. Aber solange die öffentliche Meinung in Paris das nicht einsehen wolle, könne man weder in London und noch viel weniger in Berlin etwas daran ändern.

27 Bauernabordnungen beim Reichstanzler.

Reichstanzler Dr. Marx empfing am Mittwochvormittag in der Reichstanzlei die Abordnungen von 27 Bauernvereinen aus Oldenburg, Ostwestfalen-Lippe, Mecklenburg und vielen süddeutschen Bezirken. Die Delegationen trugen dem Reichstanzler die Not der Pächterfrage, der Bauern, Wälder und sonstigen Kleinbesitzer vor und boten um umgehende Hilfe.

Wie es nicht anders zu erwarten war, stand bei den Vorträgen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in der Landwirtschaftswirtschaft die Frage der Selbsthilfe mehr als bisher im Brennpunkt des Interesses, ein Gedanke, dem vor allem gelegentlich der Besprechungen der Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft und zur Behebung der Not der Landarbeiter weitestgehend Raum gegeben wurde. Es wurde auf die Bedeutung der Landwirtschaftskontrollringe hingewiesen, denen es einerseits obliegt, für die praktische Bewertung der Ergebnisse der Landarbeitersforschung Sorge zu tragen, andererseits neue Mittel und Wege zu suchen, um den Arbeitsaufwand im Betriebe rationaler zu gestalten. Das Hauptarbeitsgebiet bilden demgemäß exakte Arbeitsbeobachtungen. Diese Ergebnisse sind vor allem wertvoll als Grundlage für die Festlegung gewisser Normalleistungen bei der Anwendung von Leistungsmitteln, deren Bedeutung als Ansporn für die Landarbeiter keinesfalls unterschätzt werden darf.

Einnütiger Protest gegen die Rheinlandbesetzung.

374. Sitzung, Donnerstag, den 2. Februar. Der Gegenwurf über die Anrufung des Ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag wurde in dritter Lesung angenommen.

Bei der 2. Beratung des Haushalts für 1928, und zwar beim Etat des Ministeriums für die besetzten Gebiete erhob zunächst der Sozialdemokrat Witte Einspruch gegen die immer noch fortdauernde Besetzung des Rheinlandes. Staatssekretär Schmid vertat den Etat, da der Reichstag infolge Krankheit verhindert war, vor dem Reichstag zu erscheinen. Er betonte, die Regierung bemühe sich, den schweren wirtschaftlichen Druck, der auf der Bevölkerung der besetzten Gebiete laste, zu mildern. Es wäre wünschenswert, wenn auch die Länder diesem Gebiete öffentliche Aufträge in größerer Maße zuweisen würden. Doch immer ziele die französische Militärhilfe 1500 deutsche Wittger meist wegen Bagatelldingen für ihre Soldaten.

Die Zahl der Ausschreitungen fremder Soldaten belief sich 1927 auf über 200.

Dann beschloß sich der Staatssekretär mit dem Kulturfonds, der verläßt werden mußte, um den Fortbestand der Theater und Orchester zu sichern. Für die Aufrechterhaltung der kleineren und mittleren Gaststätten im besetzten Gebiet seien Mittel in Höhe von 160 Millionen aufgewendet worden. Mit Spionagefragen und den Separatistenputsch beschäftigte sich eingehend der deutschfranzösische Abgeordnete Dr. von Dryander. Der Limbourg-Prozess, so erklärte er, habe betrübend gewirkt.

Die Separatistenputsche seien von Frankreich geleitet und bezahlt gewesen.

Seit acht Jahren hätten nunmehr 8 1/2 Millionen Deutsche unter Kriegsgesetz und ohne Rechtsgarantien. Niemand wisse, ob die zugefügte französische Truppenvermehrung vollständig erfolgt sei.

Der Zentrumabgeordnete Hofmann-Ludwig sprach an begründete eine Entschädigung seiner Partei, die Reichsregierung möge statt der bisherigen Saarlohnabnahme von 90 000 Tonnen künftig 222 000 Tonnen abnehmen, damit die von der Saargrubenverwaltung angeforderten Entlassungen und Feierlichkeiten vermieden würden. Eine weitere Entschädigung fordert Hilfe für Saararbeiter im Falle der Erwerbslosigkeit. Mit lauter Stimme betonte Hofmann, die Verhältnisse im besetzten Gebiet seien eines freien Volkes unwürdig. Das müsse gegenüber den französischen Falschmeldungen endlich im Auslande bekannt werden.

Unter dem Druck der Besetzung sei keine wirkliche Welterlösung möglich, könne die Bevölkerung nicht an die Möglichkeit der Locarnopolitik glauben.

Die Fortbauer der Besetzung deutscher Gebiete, so hob der Demokrat Dr. Schilding hervor, widerspräche den Bestimmungen des Völkerbundes. Besser als durch ein Sicherheitskomitee würde der Weltfrieden dadurch gefördert werden, wenn ein wirklich neutrales Gremium von Rechtslehrern einmal die Verträge von Versailles und Trianon revidieren würde. Es läge an Frankreich, die Verständigungsbestrebungen zu einem Erfolg zu führen.

Dr. Strößen von der Wirtschaftlichen Vereinigung verteilte Steuereindebringungen für alle Gaststätten, die sich kümmerlich während der Besetzung über Wasser gehalten hätten. Dr. Beyerhördter von der Bayerischen Volkspartei trat für die Wälder- und Kurorte, Dr. Neuffel von den Sozialdemokraten für das besetzte hessische Gebiet ein.

Große Landwirtschaftsdebatte im Preussischen Landtag.

334. Sitzung vom Donnerstag, dem 2. Februar 1928. Der Landtag nahm nach achtstägiger Pause seine Plenarsitzungen wieder auf. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Abgeordneter Dr. Körner (Völk.) folgende Erklärung ab: Im Gemeindeforschungsausschuß der Reichstagskommission, Abg. Kuttner, als ihn der Zeuge Herr Oberkellmann, A. v. Hülsmann, darauf hinwies, daß auch ihm früher der Vorwurf des „Mordes“ gemacht worden sei, diesen Zeugen mit dem Ausdruck „unerschütterlicher Säule“. Als der Zeuge ihm darauf mit „Säulenstumpf“ antwortete, wurde er vom Vorsitzenden über dem Ausschuss nicht etwa mit einer Ordnungsstrafe bestraft, sondern die Mitglieder des Ausschusses ergingen sich in Beschimpfungen, die unserer Ansicht nach eines rüchertlichen Kollekiums nicht würdig sind. Der Abg. Abel rief „Kuttner“, „Friedrich“, der Abg. Kuttner, „Gehärdener“, der Abg. Riedel. Man sollte sich auf Ihren Gesundheitszustand unterziehen, Sie Idiot“. — Auf Antrag des Berichterstatters, Abg. Kuttner, lehnte darauf der Ausschuss die anberaumte Vernehmung des Mitgliedes des Landtags Wulle ab, mit der Begründung, er sei „von derselben Constat“. Wieder die Zeugen Hülsmann, noch v. Lettenborn, noch Kube sind noch in unserer Partei. Der Abg. Wulle hat, als er in anderer Angelegenheit vernommen wurde, in jeder Hinsicht ruhig und sachlich dem Ausschuss Rede und Antwort gestanden. Wir legen vor diesen Saal in aller Öffentlichkeit nochmals ausdrücklich dagegen Verwarnung ein, daß aus einer augenblicklichen, erregten Stimmung des Ausschusses heraus unter nicht sachlicher Begleitung dem Abg. Wulle wiederum die Anschuldigung verlagert wurde und der Ausschuss in seiner Mehrheit die endliche Aufklärung der Wahrheit, auch vor seinem Forum, in der unerhörtesten Art verhindert.